

Streit um Trinkgeld: Regierung plant Änderungen, Gewerkschaft warnt!

In Österreich diskutiert die Regierung über eine Reform der Trinkgeldregelung, die soziale Absicherung und Abgaben betrifft.



Österreich - In Österreich ist ein Streit über die neue Trinkgeldregelung entbrannt, der die Regierung, Sozialpartner und die Gastronomiebranche in Aufruhr versetzt. Während die Wirtschaft eine Streichung der Abgaben auf Trinkgeld fordert, warnen Gewerkschaften vor möglichen Pensionsverlusten durch diese Regelungen. Laut **vol.at** bleibt das Trinkgeld zwar steuerfrei, gleichwohl besteht Reformbedarf bei den Sozialversicherungsbeiträgen. Aktuell variiert die Trinkgeldpauschale je nach Branche und Bundesland zwischen 32 und 59 Euro monatlich für Kellner.

Der Anstieg der Nutzung von Kartenzahlungen führt zu Nachforderungen bei der Sozialversicherung, ein Umstand, der

die Koalition zu intensiven Gesprächen mit der Gewerkschaft und der Wirtschaftskammer zwingt. Ein offizieller Kompromiss steht jedoch noch aus, auch wenn eine Einigung in Aussicht steht. Arbeitgeberseite, unterstützt von der ÖVP und Neos, drängt darauf, die Sozialabgaben auf Trinkgeld vollständig abzuschaffen. Dies könnte kurzfristig zu einem höheren Nettolohn für die Beschäftigten führen, langfristig jedoch Ansprüche bei der Pension und dem Arbeitslosengeld schmälern.

Diskussionen über Pauschalen und Amnestie

Ein zentrales Thema der Debatte ist die Erhöhung der Trinkgeldpauschale auf 95 Euro. Die österreichische Regierung plant, wie **sn.at** berichtet, eine Generalamnestie für Betriebe einzuführen, um hohe Nachforderungen der Gesundheitskasse zu vermeiden. Diese Maßnahme könnte nicht nur Gastronomie und Hotellerie entlasten, sondern auch über den Tourismussektor hinaus Wirkung zeigen.

Vertreterinnen und Vertreter der Gastronomie und Hotellerie fordern eine vollständige Steuer- und Abgabefreiheit für Trinkgeld. Die Gewerkschaft äußert jedoch Skepsis gegenüber dieser Forderung. ÖGK-Obmann Andreas Huss hat eine bundesweit einheitliche Pauschale von mindestens 100 Euro vorgeschlagen, die an die Inflation angepasst werden soll. Diese Idee trifft auf Widerstand seitens der Arbeitgeber, die eine niedrigere Pauschale mit bundesweiter Gültigkeit als diskussionswürdig erachten.

Ausblick auf mögliche Einigungen

Die Diskussion um die Trinkgeldregelung zeigt, wie komplex die Interessenlagen zwischen den Wirtschaftsvertretern und den Arbeitnehmervertretungen sind. Einigkeit ist derzeit noch nicht erreicht, dennoch könnte die Regierung möglicherweise schon bald eine Einigung präsentieren. Der Druck, eine akzeptable

Lösung zu finden, steigt, da die Auswirkungen auf die Beschäftigten und den gesamten Sektor spürbar sind. Die Gespräche werden weiterhin mit Spannung verfolgt, sowohl von der Branche als auch von den Betroffenen.

Details	
Vorfall	Streit
Ort	Österreich
Quellen	<ul style="list-style-type: none">• www.vol.at• www.sn.at• www.sn.at

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at